

Gemeinsamer Antrag

zur Sitzung des Ortsbeirats Laubenheim am 18.11.2016

Bei der Wasserversorgung dem Willen der Laubenheimer Bürger entsprechen

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Der Mainzer Stadtrat wird gebeten die Verwaltung zu beauftragen,

1. alles Notwendige in die Wege zu leiten, um die Wasserversorgung Laubenheims auch künftig über die Wasserversorgung Rheinhessen-Pfalz GmbH (WVR) zu gewährleisten und somit dem Willen der Laubenheimer Bürgerinnen und Bürger sowie des Ortsbeirates zu entsprechen;
2. alle Bemühungen zu beenden, die Wasserversorgung Laubenheims den Stadtwerken Mainz übertragen zu wollen.

Begründung:

Der Ortsbeirat Laubenheim hat sich in seiner Sitzung am 30.09.2016 einstimmig dafür ausgesprochen, die Wasserversorgung Laubenheims wie bisher auch künftig von der WVR organisieren zu lassen. Die Preisgestaltung, die Qualität des Wassers und die Zuverlässigkeit der Versorgung sprechen aus Sicht der Laubenheimer Bürgerschaft eindeutig dafür, den bisherigen Versorger auch künftig zu beauftragen.

Es wäre absolut inakzeptabel, sollte die Verwaltung den Willen Laubenheims missachten mit dem alleinigen Ziel, den Belangen der Mainzer Stadtwerke nachzukommen.

Zudem stellt sich die Frage, ob es überhaupt Aufgabe der Stadt Mainz ist, Laubenheim (und auch Ebersheim) mit Wasser zu versorgen. Die bis zum Jahr 1969 selbstständigen Gemeinden Laubenheim und Ebersheim hatten seinerzeit ihre Wasserversorgung auf den extra für diese Aufgabe gegründeten Zweckverband Bodenheim übertragen. Es gibt erhebliche juristische Zweifel darüber, dass die Eingemeindung beider Stadtteile an der Aufgabenzuordnung etwas geändert haben könnte, zumal der Zweckverband Bodenheim bis heute besteht. Die WVR hat bereits angekündigt, gegen eine eventuelle Aufgabenübertragung an die Stadtwerke Mainz zu klagen. Es ist nicht auszuschließen, dass ggfs. auf die Stadt bzw. die Stadtwerke Mainz erhebliche Kosten durch Entschädigungsauflagen kämen, die letztendlich von den Mainzer Bürgern zu bezahlen wären.

Mainz-Laubenheim, 09.11.2016

Für die SPD
Wolfgang Stampf

Für die CDU
Nils Oliver Freimuth

Für B90/Grüne
Gabriele Müller

Für die FDP
Dr. Christian Hecht

Für die ÖDP
Ulrich Frings